

Betäubungsmittelrecht und Umgang mit Cannabis

Patzak / Bohnen

6. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-82843-0
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Patzak/Bohnen
Betäubungsmittelrecht
und Umgang mit Cannabis


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Betäubungsmittelrecht und Umgang mit Cannabis

von

Prof. Dr. Jörn Patzak

Leitender Regierungsdirektor, Leiter der Justizvollzugsanstalt Wittlich,
Honorarprofessor für Strafrecht und Strafprozessrecht an der Universität Trier

und

Dr. Wolfgang Bohnen

Oberstaatsanwalt in Trier


beck-shop.de
6. Auflage 2025
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H. BECK

Zitiervorschlag: Patzak/Bohnen BtMR Kap. 1 Rn. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN 978 3 406 82843 0

© 2025 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Das Inkrafttreten des Cannabisgesetzes zum 1. April 2024 führt zu dem tiefgreifendsten Eingriff in das bekannte Betäubungsmittelrecht seit Einführung des BtMG im Jahr 1980. Cannabis ist nun kein Betäubungsmittel mehr. Wegen der nun erfolgten Teillegalisierung von Cannabis trägt das Buch nunmehr den Titel „Betäubungsmittelrecht und Umgang mit Cannabis“. Die Änderungen durch das Konsumcannabisgesetz (KCanG) und Medizinal-Cannabisgesetz (MedCanG) sind in den neuen Kapiteln 4 und 5 dargestellt, die Änderungen im Hinblick auf den Konsum von Cannabis und die Teilnahme am Straßenverkehr unter Cannabiseinfluss wurden in dem ergänzten Kapitel 6 eingearbeitet. Die Neuauflage haben wir wieder genutzt, neueste Rechtsprechung und Literatur einzuarbeiten. Außerdem haben wir folgende Gesetzesänderungen berücksichtigt: Das Gesetz zur Überarbeitung des Sanktionenrechts – Ersatzfreiheitsstrafe, Strafzumessung, Auflagen und Weisungen sowie Unterbringung in einer Entziehungsanstalt vom 26.7.2023, das Gesetz zur Regelung einzelner dem Schutz der finanziellen Interessen der Union dienender Bestimmungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes sowie zur Aufhebung weiterer Vorschriften vom 26.7.2023, das Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz vom 19.7.2023, die 23. BtMGAnlÄndV vom 1.6.2023, die 4. NpSGAnlÄndV vom 14.3.2023, die 33. BtMÄndV vom 16.12.2022, die 3. NpSGAnlÄndV vom 27.9.2022, die 22. BtMGAnlÄndV vom 8.11.2021 und das Gesetz zum Erlass eines Tierarzneimittelgesetzes und zur Anpassung arzneimitteltlicher und anderer Vorschriften vom 27.9.2021. Das Buch ist nun hinsichtlich Gesetzeslage und Rechtsprechung auf dem Stand von September 2024.

Der Umfang des Buches hat durch die mit der Teillegalisierung von Cannabis verbundenen neuen Kapitel leicht zugenommen. Verzichtet haben wir nun auf den Abdruck von Gesetzesauszügen. Der Zugriff auf die Vorschriften ist mittlerweile über das Internet für jedermann problemlos möglich.

Wir bedanken uns herzlich bei unseren Lektorinnen, Frau Susanne Loder und Frau Anne Völkl, für die gute Zusammenarbeit und Herrn Ass. iur. Niklas Lauer für die Mitkorrektur.

Auch bei dieser Auflage sind wir wieder für Kritik und Anregungen dankbar und hoffen, dass Ihnen unser Buch eine Hilfe beim Umgang mit dem Betäubungsmittelrecht und mit Cannabis ist, sei es als Rechtsanwender/in oder Studierende/r.

Trier, im Oktober 2024

*Prof. Dr. Jörn Patzak
Dr. Wolfgang Bohnen*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage

Seit vielen Jahren sind wir als Staatsanwälte im Betäubungsmitteldezernat tätig. Es sind regelmäßig dieselben Probleme, die auf diesem eigentümlichen Gebiet des Nebenstrafrechts dem „Nichtfachmann“ besondere Schwierigkeiten bereiten. Dies haben wir zum Anlass genommen, in diesem Buch die wichtigsten Rechtsprobleme vorzustellen und die Lösungen anhand einer Vielzahl von Fallbeispielen zu erläutern. Unser Ziel ist es, das Betäubungsmittelrecht möglichst einfach und überschaubar darzustellen.

Den eigentlichen Rechtsfragen haben wir in Kapitel 1 eine Beschreibung der gängigsten Drogen vorangestellt. Ohne grundlegende Kenntnisse der wichtigsten Betäubungsmittel, insbesondere ihres Aussehens, ihrer Herkunft und ihrer Wirkungen, lassen sich auch zahlreiche Rechtsfragen nicht richtig verstehen. In Kapitel 2 beschäftigen wir uns mit dem materiellen Betäubungsmittelrecht, wobei wir nicht nur auf die Strafvorschriften des BtMG eingehen, sondern auch das in der Praxis bedeutsame Thema Drogen im Straßenverkehr behandeln. Ein Überblick über die Rechtsfolgen, insbesondere die Strafzumessung, und über die Regelungen zu „Therapie statt Strafvollstreckung“ rundet die materiell-rechtlichen Fragen ab. Im letzten Kapitel wollen wir die wichtigsten strafprozessualen Maßnahmen ansprechen. Gerade in diesem Bereich hat sich durch die Änderung der StPO zum 1.1.2008 vieles geändert. Das Buch wird durch die wichtigsten Gesetzestexte in den Anlage A bis C sowie ein „ABC des Drogen-Jargons“ in Anlage D vervollständigt.

Wir wollen uns mit diesem Buch an alle richten, die erstmals mit dem Betäubungsmittelrecht befasst sind, etwa Referendare, Berufsanfänger und Neueinsteiger in diesem Gebiet, sei es als Verteidiger, als Staatsanwalt oder als Strafrichter. Darüber hinaus soll dem dort tätigen Nichtjuristen, insbesondere Polizeibeamten und Suchtberatern, ein Überblick über diese besondere Materie einschließlich strafprozessualer Fragen gegeben werden. Letztlich ist es unser Ziel, auch dem „Drogenfachmann“ ein übersichtliches Nachschlagewerk an die Hand zu geben, in dem er die wichtigsten Entscheidungen zu den einzelnen Rechtsproblemen auf einen Blick finden kann, ohne lange in den einschlägigen Kommentierungen suchen zu müssen. Unsere Erfahrungen aus der täglichen Arbeit haben wir in Form der grau unterlegten Tipps und Hinweise einfließen lassen.

Wittlich und Trier, im August 2008

*Jörn Patzak
Dr. Wolfgang Bohnen*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIX
Schrifttumsverzeichnis	XXXI

Kapitel 1. Cannabis, die gängigsten Betäubungsmittel und Neue Psychoaktive Stoffe

A. Cannabis	1
I. Herkunft	1
II. Cannabisprodukte	1
III. Anbaumethoden	3
IV. Wirkungen	4
V. Rechtslage	5
VI. Geschichte	5
VII. Zusammenfassung	6
B. Heroin	7
I. Herkunft	7
II. Wirkungen	8
III. Rechtslage	9
IV. Geschichte	9
V. Zusammenfassung	9
C. Kokain	10
I. Herkunft und Wirkungen	10
II. Rechtslage	11
III. Geschichte	11
IV. Zusammenfassung	12
D. Crack	12
I. Herstellung und Wirkungen	12
II. Rechtslage	13
III. Geschichte	13
IV. Zusammenfassung	13
E. Amphetamin	14
I. Herstellung und Wirkungen	14
II. Rechtslage	14
III. Geschichte	15
IV. Zusammenfassung	15
F. Methamphetamin	15
I. Herstellung und Wirkungen	15
II. Rechtslage	17
III. Geschichte	17
IV. Zusammenfassung	18
G. Ecstasy (MDMA/MDA/MDE)	18
I. Herstellung	18
II. Wirkungen	19
III. Rechtslage	19

Inhaltsverzeichnis

IV. Geschichte	19
V. Zusammenfassung	19
H. LSD	20
I. Herstellung und Wirkungen	20
II. Rechtslage	20
III. Geschichte	20
IV. Zusammenfassung	21
I. Psilocybin	21
I. Herkunft und Wirkungen	21
II. Rechtslage	22
III. Zusammenfassung	22
J. GHB/GBL (Liquid Ecstasy, K.O.-Tropfen)	23
I. Herkunft und Wirkungen	23
II. Rechtslage	23
III. Geschichte	24
IV. Zusammenfassung	24
K. Neue Psychoaktive Stoffe (Legal Highs)	24
I. Herkunft und Wirkungen	24
II. Rechtslage	26
III. Zusammenfassung	27
L. Sonstige	27
I. Fentanyl/Carfentanyl	27
II. Buprenorphin (<i>Subutex</i> ®)	28
III. Methylphenidat (<i>Ritalin</i> ®)	28
IV. Benzodiazepine (Diazepam und andere)	28
Kapitel 2. Materielles Betäubungsmittelstrafrecht	
A. Die wichtigsten Vorschriften im Überblick	31
B. Anwendungsbereich des BtMG	33
I. Die Anlagen I bis III zu § 1 Abs. 1 BtMG	33
1. Ausnahmen von der Betäubungsmittelleigenschaft	35
2. Erweiterung des Anwendungsbereichs	35
II. Betäubungsmittelimitate („Linkfälle“)	36
C. Erlaubter Umgang mit Betäubungsmitteln	36
I. Erlaubnis nach § 3 BtMG	37
II. Ausnahmen von der Erlaubnispflicht (§ 4 BtMG)	38
1. Ausnahmen für Apotheker	38
2. Ausnahmen für den Umgang mit ärztlich verschriebenen Betäubungsmitteln	38
3. Ausnahmen für Strafverfolgungsbehörden	39
III. Recht der Ärzte, Betäubungsmittel der Anlage III zu verschreiben, zu verabreichen und zum unmittelbaren Verbrauch zu überlassen	40
1. Voraussetzungen	40
2. Besonderheiten nach der BtMVV	41
3. Verschreibung von Betäubungsmitteln zur Substitution	43
a) Definition und Ziele	43
b) Substitutionsmittel	44
c) Voraussetzungen zur Verschreibung eines Substitutionsmittels	44

Inhaltsverzeichnis

d) Ablauf der Substitutionsbehandlung: Grundsätzlich Anwendung von Substitutionsmitteln unter Aufsicht	44
e) Take-Home-Verschreibung	45
f) Besonderheiten bei der Verschreibung von Diamorphin	45
D. Die verschiedenen Mengen des BtMG	46
I. Nicht geringe Menge	46
1. Die nicht geringe Menge der gängigsten Betäubungsmittel	48
2. Die nicht geringe Menge bei mehreren unterschiedlichen Betäubungsmitteln	49
II. „Einfache Menge“	49
III. Geringe Menge	49
E. Die wichtigsten Tatbestandsalternativen des § 29 BtMG	50
I. § 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BtMG	51
1. Anbau	51
2. Herstellen	51
3. Erwerben/sich auf sonstige Weise verschaffen	52
4. Einfuhr/Ausfuhr/Durchfuhr	53
5. Veräußern/Abgeben/auf sonstige Weise in den Verkehr bringen	56
6. Handeltreiben	57
a) Begriffsbestimmung	57
b) Erfolgreicher Verkauf von Betäubungsmitteln	58
c) Ankauf von Betäubungsmitteln zum Zwecke des Weiterverkaufs	58
d) Strafbarkeit bloßer An- und Verkaufsverhandlungen	58
aa) Anbieten von Betäubungsmitteln	59
bb) Anfragen des Täters an seinen Betäubungsmittellieferanten	59
cc) Anbieten von Betäubungsmitteln im Online-Handel	60
dd) Bloße Vorbereitungshandlungen	61
ee) Nachweis des Handeltreibens im Verfahren	61
e) Eigennützigkeit	62
f) Fahrlässiges Handeltreiben beim Weiterverkauf von Betäubungsmitteln in Unkenntnis der Betäubungsmittelleigenschaft	63
g) Abgrenzung Täterschaft/Teilnahme bei Kurierfahrern	64
aa) Ältere Rechtsprechung	64
bb) Neuere Rechtsprechung	64
h) Abgrenzung Täterschaft/Teilnahme bei Betäubungsmitteltransporten durch „Läufer“	65
i) Beihilfe zum Handeltreiben trotz vorheriger Sicherstellung der Betäubungsmittel	65
II. § 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 BtMG (unerlaubter Besitz)	65
1. Begriffsbestimmung	65
2. Abgrenzung strafbarer Besitz/strafloser Konsum	66
3. Wegnahme von Drogen durch Eltern/Lehrer/Sozialarbeiter aus Fürsorgegründen	67
4. Botentätigkeiten	68
5. Strafbarer Mitbesitz	68
6. Betäubungsmittelrückstände in Konsumutensilien	68
III. § 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 6b BtMG (Verabreichen/Verbrauchsüberlassung)	69
1. Begriffsbestimmung	69
2. Gemeinsame Benutzung von Betäubungsmittelspritzen	69
3. Gemeinsamer Konsum eines Betäubungsmittels in Pulverform	70
IV. § 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 11 BtMG (Verschaffen/Gewähren einer Gelegenheit zum unbefugten Verbrauch)	70

Inhaltsverzeichnis

1. Begriffsbestimmung	70
2. Strafbarkeit von Eltern und Lehrern	71
V. Sonstige Tatbestandsalternativen	71
VI. Besonders schwerer Fall (§ 29 Abs. 3 BtMG)	72
F. Tatbestandsalternativen des § 29a BtMG	73
I. § 29a Abs. 1 Nr. 1 BtMG (Abgabe/Verbrauchsüberlassung von Betäubungsmitteln an Minderjährige)	73
II. § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG (Handeltreiben/Herstellung/Abgabe/Besitz in nicht geringer Menge)	74
G. Tatbestandsalternativen des § 30 BtMG	74
I. § 30 Abs. 1 Nr. 1 BtMG (Bandendelikte)	74
II. § 30 Abs. 1 Nr. 2 BtMG (gewerbsmäßige Abgabe/Verabreichung/Verbrauchsüberlassung an Jugendliche)	76
III. § 30 Abs. 1 Nr. 3 BtMG (leichtfertige Todesverursachung)	77
IV. § 30 Abs. 1 Nr. 4 BtMG (unerlaubte Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge)	78
H. Tatbestandsalternativen des § 30a BtMG	78
I. § 30a Abs. 1 BtMG (Bandendelikte mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge)	78
II. § 30a Abs. 2 Nr. 1 BtMG (Bestimmen einer Person unter 18 Jahren zum Absatz von Betäubungsmitteln)	78
III. § 30a Abs. 2 Nr. 2 BtMG (Umgang mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge unter Mitführen von Waffen)	79
1. Schusswaffen	79
2. Sonstige Gegenstände	79
3. Mitsichführen	80
I. Konkurrenzen	81
I. Bewertungseinheit	82
1. Wichtigste Fallgruppen	82
a) Wiederholter Verkauf von Betäubungsmitteln aus einem einheitlich erworbenen Vorrat	82
b) Erwerb, der teilweise zum Handeltreiben, teilweise zum Eigenkonsum dient	83
c) Lieferung von Teilmengen	84
d) Weiterverkauf von zusammengeführten Mengen	84
2. Voraussetzung für die Annahme einer Bewertungseinheit	84
3. Prozessuale Folgen der Bewertungseinheit	85
II. Tateinheit infolge von Teilidentität der Ausführungshandlungen	87
1. Wichtigste Fallgruppen	87
a) Verbindung mehrerer Rauschgiftgeschäfte durch einen Zahlungsvorgang	87
aa) Zahlung einer vorherigen Lieferung bei der Abholung einer bereits bestellten neuen Lieferung	87
bb) Zahlung einer vorherigen Lieferung und gleichzeitige Bestellung einer neuen Lieferung	88
cc) Auslieferung von Betäubungsmitteln und gleichzeitige Übernahme des Kaufpreises für eine vorherige Lieferung	88
dd) Gleichzeitige Bezahlung mehrerer Lieferungen	88
b) Kurzzeitiges Zusammentreffen von getrennt erworbenen Betäubungsmitteln bei der Auslieferung an verschiedene Abnehmer	88

Inhaltsverzeichnis

c) Umtausch von Betäubungsmitteln mit Erhöhung der Liefermenge gegen Aufpreis	89
d) Gleichzeitige Lagerung von Betäubungsmitteln aus unterschiedlichen Lieferquellen	89
2. Prozessuale Folgen bei Annahme von Tateinheit	90
III. Uneigentliches Organisationsdelikt	91
IV. Sonstige Konkurrenzverhältnisse	91
1. Handeltreiben	91
a) Handeltreiben und Einfuhr	91
b) Bandenmäßiges Handeltreiben und Einfuhr	92
c) Handeltreiben und Erwerb	92
d) Handeltreiben und Besitz	93
2. Veräußern/Abgeben	93
3. Erwerb/Einfuhr	94
4. Besitz	94
5. Verbrauchüberlassung	95
6. Anbau	95
J. Absehen von Strafverfolgung gemäß § 31a BtMG und Absehen von Strafe gemäß § 29 Abs. 5 BtMG	96
I. § 31a BtMG	96
1. Geringe Menge bei Cannabisprodukten nach alter Rechtslage	96
2. Geringe Menge bei anderen Betäubungsmitteln	97
3. Öffentliches Interesse an der Strafverfolgung	98
II. § 29 Abs. 5 BtMG	98
1. Geringe Menge	99
2. Notwendige Urteilsfeststellungen	99
3. Einstellungsmöglichkeiten gemäß § 29 Abs. 5 BtMG	100
Kapitel 3. Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz (NpSG)	
A. Anwendungsbereich	101
B. Strafrechtliches Verbot	102
I. Grundtatbestand	102
1. Handeltreiben	103
2. Inverkehrbringen	103
a) Vorrätighalten zum Verkauf oder zu sonstiger Abgabe	103
b) Feilhalten	103
c) Feilbieten	103
d) Abgabe	103
e) Überlassen zum unmittelbaren Verbrauch	103
f) Nicht strafbar: Sonstiges Inverkehrbringen	103
3. Verabreichen	104
4. Herstellen zum Zwecke des Inverkehrbringens	104
5. Verbringen in den Geltungsbereich des Gesetzes zum Zwecke des Inverkehrbringens	104
6. Fahrlässige Tatbegehung bei Handeltreiben, Inverkehrbringen und Verabreichen	105
II. Qualifikationen	105
III. Strafzumessung	105
IV. Konkurrenzen	106
1. Verhältnis zu BtMG, AMG und TAMG	106
2. Bewertungseinheit	106

Inhaltsverzeichnis

C. Verwaltungsrechtliches Verbot/polizeirechtliche Sicherstellung	106
D. Strafrechtliche Sicherstellung	107
E. Ausnahmen vom Verbot	107

Kapitel 4. Konsumcannabisgesetz (KCanG)

A. Anwendungsbereich	109
I. Cannabis iSd KCanG	109
II. Ausnahmen vom Cannabisbegriff	110
1. Medizinalcannabis	110
2. CBD (Cannabidiol)	110
3. Vermehrungsmaterial	110
a) Cannabissamen	110
b) Stecklinge	111
4. Umgang mit Nutzhanf	111
a) Anbau von Nutzhanf durch bestimmte Unternehmen der Landwirtschaft	111
b) Sonstiger Umgang mit Nutzhanf	112
5. Anbau von Cannabispflanzen im Rahmen der RübENZÜCHTUNG	113
B. Umgangsverbot	113
I. Verbote nach § 2 Abs. 1 KCanG	113
II. Ausnahmen vom Umgangsverbot	113
1. Legaler Umgang mit Cannabis	113
a) Umgang mit Cannabis zu wissenschaftlichen Zwecken aufgrund behördlicher Erlaubnis	113
b) Besitz von Cannabis und Cannabispflanzen nach § 3 KCanG	114
c) Privater Eigenanbau von Cannabis nach § 9 KCanG	115
d) Gemeinschaftlicher Eigenanbau, Weitergabe und Entgegennahme von Cannabis in Anbauvereinigungen	115
aa) Erlaubnis einer Anbauvereinigung nach §§ 11 ff. KCanG	115
bb) Sonstige verwaltungsrechtliche Vorschriften zu Anbauvereinigungen	116
2. Ausnahmen für behördliche Zwecke	116
III. Rückausnahmen	116
IV. Sicherstellung bei Verstößen gegen das Umgangsverbot	117
C. Straftaten	117
I. Grundtatbestand	117
1. Besitz (§ 34 Abs. 1 Nr. 1 KCanG)	117
a) Besitz von mehr als 30 g Cannabis außerhalb des Wohnsitzes bzw. des gewöhnlichen Aufenthalts	118
b) Besitz von mehr als 60 g Cannabis insgesamt	118
c) Besitz von mehr als 3 lebenden Cannabispflanzen	118
2. Anbau (§ 34 Abs. 1 Nr. 2 KCanG)	119
a) Mehr als drei lebende Cannabispflanzen zum Zwecke des Eigenkonsums	119
b) Cannabispflanzen nicht zum Eigenkonsum	119
3. Handeltreiben (§ 34 Abs. 1 Nr. 4 KCanG)	119
4. Ein- und Ausfuhr (§ 34 Abs. 1 Nr. 5 KCanG)	120
5. Ab- und Weitergabe (§ 34 Abs. 1 Nr. 7 KCanG)	120
6. Zum unmittelbaren Verbrauch überlassen/Verabreichen (§ 34 Abs. 1 Nr. 8 und Nr. 9 KCanG)	121
a) Raucherrunde mit zwei Teilnehmern	121

Inhaltsverzeichnis

b) Raucherrunde mit drei oder mehr Teilnehmern	121
7. Erwerb und Entgegennahme (§ 34 Abs. 1 Nr. 12 KCanG)	122
8. Extrahieren von Cannabinoiden (§ 34 Abs. 1 Nr. 13 KCanG)	123
9. Sonstige Tathandlungen	123
10. Fahrlässige Tatbegehung	124
II. Besonders schwere Fälle	124
III. Qualifikationen	125
IV. Konkurrenzen	126
D. Absehen von Strafverfolgung gemäß § 35a KCanG	126
E. Ordnungswidrigkeiten	127
I. Unerlaubter, nicht strafbarer Besitz von Cannabis (§ 36 Abs. 1 Nr. 1 KCanG)	127
II. Einfuhr von Cannabissamen aus Nicht-EU-Ländern (§ 36 Abs. 1 Nr. 3 KCanG)	128
III. Verstöße gegen das Konsumverbot des § 5 KCanG (§ 36 Abs. 1 Nr. 4 KCanG)	128
F. Einziehung	128
G. Anwendung des Meistbegünstigungsprinzips des § 2 Abs. 3 StGB, wenn der strafbare Umgang mit Cannabis vor dem 1.4.2024 erfolgte	129

Kapitel 5. Medizinal-Cannabisgesetz (MedCanG)

A. Anwendungsbereich	131
I. Cannabis zu medizinischen Zwecken	131
II. Cannabis zu medizinisch-wissenschaftlichen Zwecken	131
B. Erlaubter Umgang mit Medizinalcannabis	132
I. Erlaubnis nach § 4 MedCanG	132
II. Ausnahmen von der Erlaubnispflicht	132
1. Ausnahmen nach § 5 MedCanG	132
2. Ausnahmen nach § 22 MedCanG	133
III. Recht der Ärzte, Medizinalcannabis zu verschreiben, zu verabreichen und zum unmittelbaren Verbrauch zu überlassen	133
C. Strafvorschriften	134
I. Grundtatbestand	134
1. Erschleichen von Cannabisverschreibungen (§ 25 Abs. 1 Nr. 1 MedCanG)	134
2. Missbräuchliche Abgabe, Verabreichung oder Verbrauchsüberlassung von Cannabis (§ 25 Abs. 1 Nr. 2 MedCanG)	134
3. Unerlaubter Umgang mit Cannabis zu medizinischen oder medizinisch- wissenschaftlichen Zwecken (§ 25 Abs. 1 Nr. 3 MedCanG)	135
a) Strafbare Tathandlungen	135
b) Bereichsausnahmen	135
4. Unerlaubter Besitz von Cannabis zu medizinischen oder medizinisch- wissenschaftlichen Zwecken (§ 25 Abs. 1 Nr. 4 MedCanG)	136
5. Unerlaubte Durchfuhr von Cannabis zu medizinischen oder medizinisch- wissenschaftlichen Zwecken (§ 25 Abs. 1 Nr. 5 MedCanG)	136
II. Besonders schwere Fälle	136
III. Verbrechen	137
D. Ordnungswidrigkeiten	137
E. Absehen von Strafverfolgung gemäß § 26a MedCanG	137

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 6. Drogen im Straßenverkehr

A. Straftat nach § 316 StGB oder Ordnungswidrigkeit nach § 24a StVG? . . .	139
I. Einzelheiten zu § 24a Abs. 2 StVG	141
1. Objektiver Tatbestand	141
a) Wirkstoffmindestgrenze	142
b) Empfehlungen der Grenzwertkommission	142
c) Nichterreichen der Wirkstoffmindestgrenze	143
d) Konsum von Betäubungsmitteln unterschiedlicher Wirkstoffqualität	144
e) Fahrten unter Cannabiseinfluss	144
f) Medikamentenprivileg	145
2. Subjektiver Tatbestand	145
II. Einzelheiten zu § 316 StGB	146
1. Keine absolute Fahrunsicherheit	146
2. Relative Fahrunsicherheit	147
a) Nachweis durch Fahrfehler	147
b) Nachweis durch sonstige Indizien	147
c) Einordnung von verlangsamten Pupillenreaktionen	149
B. Verhältnis BtM-Straftat und Verkehrsverstoß	150
C. Entnahme einer Blutprobe (§ 81a StPO)	151
I. Anordnungskompetenz	151
1. Ausnahme bei Straßenverkehrsdelikten	152
2. Ausnahme bei Gefahr im Verzug	152
II. Beweisverwertungsverbot bei Verstoß gegen die Anordnungskompetenz	153
III. Festhalterecht	153
D. Die Entziehung der Fahrerlaubnis durch die Verwaltungsbehörde	154
I. Drogenkonsum und Fahreignung	154
1. Fahreignung bei Betäubungsmittelkonsum	154
2. Fahreignung bei Cannabiskonsum	154
a) Fahreignung bei Cannabismissbrauch	155
b) Bloßer Cannabiskonsum	155
c) Fahreignung bei Cannabis und Konsum anderer berauschender Mittel, insbesondere Alkohol	156
II. Drogenbesitz, Besitz von Cannabis und Fahreignung	156
III. Vorrang des Strafverfahrens	157
IV. Mitteilungspflichten	157

Kapitel 7. Rechtsfolgen der Tat

A. Strafzumessung	159
I. Prinzip der Gesamtwürdigung	160
II. Strafraumenwahl	161
III. Freiheitsstrafe oder Geldstrafe?	164
IV. Wichtige allgemeine Strafzumessungsgrundsätze	165
1. Geständnis	165
2. Generalpräventive Erwägungen	165
3. Untersuchungshaft	165
4. Einziehung	166
a) Einziehung (des Wertes) von Taterträgen (früher Verfall) nach §§ 73 ff. StGB	166
b) Einziehung von Tatmitteln nach §§ 74 ff. StGB	166
5. Sonstige Strafzumessungsgesichtspunkte	166

Inhaltsverzeichnis

V. Spezifische Erwägungen im Betäubungsmittelstrafrecht	167
1. Art der Drogen	167
2. BtM-Menge	168
a) Wirkstoffmenge im Grenzbereich nach unten („niedrige nicht geringe Menge“)	168
b) Erhebliches Überschreiten der nicht geringen (Wirkstoff)-Menge	169
c) Gesamtmenge des Betäubungsmittelgemischs	169
3. Handeltreiben	171
a) Leerformel der verwerflichsten Alternative	171
b) Nicht zwingend zum Handeltreiben gehörende Modalitäten	171
c) Sonstige Strafzumessungserwägungen	171
4. Eigenverbrauch	172
5. Mengen sowohl zum Handeltreiben als auch zum Eigenverbrauch (Mischfälle)	172
6. Sicherstellung der Betäubungsmittel	173
7. Polizeiliche Beobachtung der Tat	173
8. Tatprovokation durch Vertrauenspersonen und Verdeckte Ermittler	174
9. Aufklärungshilfe/Kronzeugenregelung (§ 31 BtMG, § 34 KCanG, § 26 MedCanG)	176
a) Voraussetzungen der Aufklärungshilfe	176
b) Prozessuales	178
10. Betäubungsmittelabhängigkeit und §§ 20, 21 StGB	179
a) Voraussetzungen für Schuldunfähigkeit und verminderte Schuldfähigkeit	180
b) Feststellung der Drogenabhängigkeit	181
11. Vertypte Milderungsgründe des StGB und ihre praktische Bedeutung im Betäubungsmittelstrafrecht	182
VI. Bildung einer Gesamtfreiheitsstrafe (§§ 53 f. StGB)	182
VII. Entziehung der Fahrerlaubnis und Fahrverbot	183
1. Entziehung der Fahrerlaubnis nach § 69 StGB	183
2. Fahrverbot gem. § 44 Abs. 1 S. 2 StGB	184
B. Unterbringung in einer Entziehungsanstalt gem. § 64 StGB	185
I. Überblick	185
II. Die Voraussetzungen der Unterbringung nach § 64 StGB in einer Übersicht	186
III. Aussichtslosigkeit einer Therapie	188
IV. Vorwegvollzug	190
V. Unterbringung und Jugendstrafe	191
C. Bewährung	192
I. Voraussetzungen	192
II. Auflagen und Weisungen	194
1. Auflagen	194
2. Weisungen	194
III. Widerruf der Bewährung	195
D. Vermögensabschöpfung und Einziehung	196
I. Die Einziehung von Taterträgen (früher Verfall) nach § 73 ff. StGB	197
II. Erweiterte Einziehung von Taterträgen (§ 73a StGB)	199
III. Einziehung des Wertes von Taterträgen (§ 73c StGB)	200
IV. Vermögenslosigkeit, Härten	201
V. Abtrennung der Entscheidung über die Frage der Einziehung von Taterlösen	201
VI. Einziehung (§§ 74 ff. StGB, 33 Abs. 2 BtMG, 37 KCanG, 28 MedCanG)	201

Inhaltsverzeichnis

1. Grundsätzliches zur Einziehung	201
2. Voraussetzungen der Einziehung	202
3. Die Einziehung von Betäubungsmitteln und Cannabis	203
4. Die formlose Einziehung	204
5. Einziehung von Wertersatz	205
VII. Sicherung des Anspruchs auf Einziehung bzw. des Wertersatzes	205
VIII. Sicherstellung als Beweismittel nach § 94 StPO	206
IX. Entschädigung für zu Unrecht erlittene Sicherstellung	206
E. Rechtsfolgen kraft Gesetzes	206
F. Registerrechtliche Folgen einer Verurteilung	206
I. Überblick	206
II. Tilgung	207
1. Allgemeine Regelung	207
2. Besondere Bestimmungen des KCanG nach §§ 40 bis 42 KCanG	207
III. Unbeschränkte Auskünfte	207
IV. Beschränkte Auskünfte (Führungszeugnis)	208
1. Nichteintragung von Bagatellverurteilungen in das Führungszeugnis	208
2. Nichteintragung von Verurteilungen nach dem Betäubungsmittelgesetz	208
3. Mitteilungspflicht der Betäubungsmittelabhängigkeit	209
4. Erweitertes Führungszeugnis	209
5. Tilgung von Eintragungen im Führungszeugnis	209

Kapitel 8. Therapie statt Strafe

(§§ 35, 36 BtMG, § 39 KCanG, § 30 MedCanG)

A. Allgemeines	211
B. Voraussetzungen	212
I. Antrag	212
II. Tat aufgrund von Betäubungsmittel- bzw. Cannabisabhängigkeit	212
III. Zurückstellungsfähige Verurteilungen	213
1. (Rest-) Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren	213
2. Zurückstellung bei Anordnung einer Unterbringung	214
IV. Der Rehabilitation dienende Behandlung	215
V. Therapiebereitschaft	216
VI. Therapieplatz und Kostenzusage	217
VII. Zustimmung des Gerichts	218
C. Rechtsmittel (Anfechtung)	218
D. Widerrufsgründe	219
E. Anrechnung von Therapiezeiten	219
I. Die obligatorische Anrechnung nach § 36 Abs. 1 BtMG	219
II. Die fakultative Anrechnung nach § 36 Abs. 3 BtMG	220
F. Aussetzung zur Bewährung	220
G. Verhältnis zu § 64 StGB	221
H. Üblicher Ablauf einer Drogentherapie	222

Kapitel 9. Prozessuale Fragen

A. Tatort	223
B. Tatverdacht	224
C. Der Umgang mit „vertraulichen Hinweisen“ und Einsatz von Vertrauenspersonen	225
I. Voraussetzungen für die Inanspruchnahme	227
1. Nicht bei Bagatelldelinquenz	227
2. Tatverdacht	228
3. Grundsatz der Subsidiarität	228
II. Eingeschränkter Beweiswert	228
III. Verfahren der Zusicherung der Vertraulichkeit	229
D. Einsatz eines Verdeckten Ermittlers (§§ 110a ff. StPO)	230
I. Voraussetzungen	231
II. Verfahrensrechtliche Fragen zum VE-Einsatz	231
1. Zustimmungserfordernis der Staatsanwaltschaft	231
2. Zustimmungserfordernis des Gerichts	231
3. Besondere Verfahrensvorschriften	232
E. Der nicht öffentlich ermittelnde Polizeibeamte (NOEP)	232
F. Überwachung der Telekommunikation	233
I. Formen von Telekommunikation	234
1. Rechtsgrundlage für die Überwachung unverschlüsselter Kommunikation	234
2. Rechtsgrundlage für die Überwachung verschlüsselter Kommunikation (Quellen-TKÜ)	235
3. Beschlagnahme von digital gespeicherten Informationen, insbesondere E-Mail	236
a) Technische Phasen der E-Mail-Versendung	236
b) Rechtsgrundlagen für die Beschlagnahme	236
c) Zurückstellung der Benachrichtigung	237
II. Materielle Voraussetzungen für die Anordnung der Überwachung der Telekommunikation	237
1. Katalogtaten, Einzelfallprüfung der Schwere der Tat, Subsidiarität	237
2. Schutz des Kernbereichs privater Lebensführung	238
3. Schutz der Beziehungen zu Berufsgeheimnisträgern und Zeugnisverweigerungsberechtigten	239
III. Überwachung der Anschlüsse nicht verdächtiger Personen (§ 100a Abs. 3 Alt. 2 StPO)	240
1. Nachrichtensender	240
2. Sonstige Anschlüsse, die der Beschuldigte nutzt	241
IV. Abgrenzung der Überwachung der Telekommunikation vom Raumgespräch	242
V. Verwertung in anderen Verfahren	243
1. Verwertung in Verfahren, die Katalogtaten betreffen	243
2. Verwertung in anderen Verfahren, die keine Katalogtaten betreffen	244
VI. Die Anordnungscompetenz	244
VII. Einführung der Erkenntnisse in die Hauptverhandlung	245
1. Überlassen von TKÜ-Datenträgern an den Verteidiger	245
2. Beweisaufnahme über die Erkenntnisse aus der Überwachung der Telekommunikation; Beweisverwertungsverbot	246

Inhaltsverzeichnis

a) Verwertung durch Abspielen der Telefongespräche in der Hauptverhandlung	247
b) Verwertung durch Verlesung der Niederschriften	247
G. Besondere Verfahrensregelung bei verdeckten Maßnahmen	248
I. Aktenführung bei bestimmten Maßnahmen (§ 101 Abs. 2 StPO)	248
II. Kennzeichnungspflicht (§ 101 Abs. 3 StPO)	248
III. Unterrichtung des Gerichts	249
IV. Unterrichtung der Beteiligten	249
V. Hinweis auf die Möglichkeit nachträglichen Rechtsschutzes	249
VI. Ausnahmen von der Unterrichtung	250
1. Verbot der Benachrichtigung	250
2. Fakultatives Absehen von der Benachrichtigung	250
3. Nachforschungspflicht	251
4. Zustimmung zur (weiteren) Zurückstellung der Benachrichtigung über verdeckte Ermittlungsmaßnahmen	251
VII. Löschung	252
H. Erhebung der Verkehrsdaten (§ 100g StPO)	252
I. Verkehrsdaterhebung nach § 100g Abs. 1 S. 1 StPO	253
1. Verkehrsdaten („Abrechnungsdaten“) nach § 9 TDDDG und § 2a BDBOSG	253
2. Anordnungsvoraussetzung	254
II. Funkzellenabfrage (§ 100g Abs. 3 StPO)	255
1. Kriminalistisches Ziel der Funkzellenabfrage	255
2. Anordnungsvoraussetzungen	255
III. Erhebung von Standortdaten (§ 100g Abs. 1 S. 3 StPO)	256
1. Zugriff auf gespeicherte (retrograde) Standortdaten (§ 100g Abs. 1 S. 3 StPO)	256
2. Zugriff auf künftige Standortdaten (§ 100g Abs. 1 S. 4 StPO)	256
IV. Sonstige Fragen	257
1. Anordnungskompetenz	257
2. Beweisverwertungsverbot	257
3. Regelung der Benachrichtigungspflicht	257
4. Weitere Vorschriften	257
I. IMSI-Catcher (§ 100i Abs. 1 Nr. 1 StPO)	257
J. Standortfeststellung; Stille SMS (§ 100i Abs. 1 Nr. 2 StPO)	258
K. Bestandsdatenauskunft (§ 100j StPO)	259
I. Auskunft nach § 100j Abs. 1 S. 1 StPO zu Bestandsdaten (Vertragsdaten des Teilnehmers) nach § 3 Nr. 6 TKG	259
II. Auskunft zu Zugangssicherungs-codes nach § 100j Abs. 1 S. 2 StPO	260
1. Auskunft zu Zugangssicherungs-codes zu externen Speichern	260
2. Richtervorbehalt bei Bekanntgabe von Zugangs-codes	260
III. Auskunft zu (dynamischen) IP-Adressen nach § 100j Abs. 2 StPO	261
IV. Benachrichtigungspflicht	261
L. Durchsuchung von Wohnungen (§ 102 StPO)	261
I. Verdachtsgrad	262
II. Probleme bei der Anordnungskompetenz aufgrund Gefahr im Verzug	263

Inhaltsverzeichnis

M. Legendierte Kontrollen	265
N. Beschlagnahme von Briefsendungen durch die Zollverwaltung	266
O. Der Pflichtverteidiger der ersten Stunde	267
P. Besondere Probleme in der Hauptverhandlung	269
I. Einführung der Angaben von Informanten, Vertrauenspersonen und Verdeckten Ermittlern	269
1. Zeugen vom Hörensagen	269
2. Eingeschränkter Beweiswert	269
3. Richterliche Aufklärungspflicht	270
II. § 55 StPO	270
1. Anwendungsbereich	270
2. Grenzen der Vernehmung tatverdächtiger Zeugen	273
III. Verfahrensabsprachen	274
1. Absprachen in der Hauptverhandlung	274
a) Zu beachtende Maximen	274
b) Pflichten der Staatsanwaltschaft	275
2. Absprachen im Ermittlungsverfahren	276
Anhang	279
A. Lernkontrollfragen	279
B. ABC des Drogen-Jargons	283
Stichwortverzeichnis	293


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG